

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 174. Ratssitzung vom 29. Mai 2013

3958. 2012/47

Postulat von Tamara Lauber (FDP) und Marc Bourgeois (FDP) vom 01.02.2012: Verzicht auf die Einrichtung neuer Asylunterkünfte in grösseren Städten sowie Umsetzung kürzerer Asylverfahren gestützt auf die bestehenden Gesetzesgrundlagen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Tamara Lauber (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2290/2012): Die Zahlen des Bundesamtes für Statistik sind alarmierend. Im Jahr 2012 gab es 8 % mehr Straftaten als im Vorjahr, wobei der Anteil der Straftaten, der durch Asylbewerber, Illegale, Immigranten oder abgewiesene Asylsuchende begangen wurde, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sehr hoch ist. Aber auch die Zunahme an Asylgesuchen sollte aufrütteln. Die Schweiz ist für Asylsuchende immer noch viel zu attraktiv. Die Haltung, die der Stadtrat mit seinem Handeln signalisiert, fördert aber die Attraktivität der Schweiz als Asylland geradezu. Städte sind für Asylsuchende nicht geeignet. In der Stadt mit ihrem Nachtleben ist die Gefahr viel grösser, dass die Leute in die Kriminalität abgleiten. Die Möglichkeit, ungestraft einer Schwarzarbeit nachzugehen, ist gross. Das Parlament sollte dem Stadtrat vorgeben, in welche Richtung sich die Asylpolitik der Stadt entwickeln soll.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

***STR Martin Waser:** Wir haben im Stadtrat ein anderes Menschenbild und eine andere Einschätzung. Man muss das Problem subsidiär auf allen staatlichen Ebenen lösen. Die Stadt gehört zum Bund. Es ist absurd zu fordern, dass sich die unterste Ebene gegen den Bund durchsetzen soll. Es gibt reale Gründe, warum Leute fliehen, so etwa der Konflikt in Syrien. Wir haben eine humanitäre Verpflichtung. Es sind sich alle einig, dass die Verfahren beschleunigt werden müssen. Bei uns kann man dies ausprobieren. Wir wollen einen Beitrag zur Problemlösung leisten. Ich besuche regelmässig Asylunterkünfte und treffe dort ein anderes Bild an als von Tamara Lauber (FDP) beschrieben. Ich bin überzeugt, dass wir richtig handeln. Auch der Schweizerische Städteverband (SSV) teilt diese Haltung.*

Weitere Wortmeldungen:

***Marcel Schönbächler (CVP):** Ich kann mich den Ausführungen von Stadtrat Martin Waser anschliessen. Aus Sicht der CVP ist der Vorstoss untauglich, um Probleme im Asylwesen zu lösen. Doch auch wir sind für kürzere Asylverfahren und schlagen deshalb zusammen mit der GLP eine Textänderung vor. Wir sind für kürzere Asylverfahren, die unter rechtsstaatlichen Prinzipien ablaufen. Dem Postulat würden wir*

nur mit der Textänderung zustimmen.

Alan David Sangines (SP): Die ehemals liberale FDP betitelt Asylsuchende pauschal als Gefahr. Das ist beschämend. Es ist bekannt, warum wir in den letzten Jahren mehr Asylgesuche hatten. Die FDP spricht bei 28 000 Asylsuchenden von alarmierenden Zahlen, obwohl wir im Jahre 1999 zum Beispiel 49 000 Asylgesuche hatten. Zum Argument der Kriminalität: Es stimmt, dass mehr junge Männer ohne Perspektive in unser Land kommen und die Kriminalität ansteigt. Das ist nicht überraschend. Die FDP aber wirft alle Asylsuchenden in den gleichen Topf. Gemäss Statistik werden 13 % aller Asylsuchenden straffällig. Das heisst, dass sich 87 % anständig verhalten. Diese 87 % werden dann aber bestraft, weil sich 13 % nicht richtig benehmen.

Mauro Tuena (SVP): Die SVP wird den Vorstoss unterstützen. In der Umgebung der Bundesasylzentren ist die Kriminalität massiv gestiegen. Es gab deutlich mehr Entreissdiebstähle, Einbruchdiebstähle und Ladendiebstähle. Wir sind für schnellere Verfahren. Aber solche offenen Asylzentren dürfen nicht inmitten eines aufblühenden Quartiers gebaut werden. Sie sollten wenn überhaupt in Randregionen gebaut werden und geschlossen sein. Es kann nicht sein, dass die Bewohner in den Ausgang gehen und dann in der Anonymität der Stadt untertauchen und illegal hier bleiben. Ein wesentlicher Teil der Asylgesuche stammen von Wirtschaftsflüchtlingen, die von Beginn an wissen, dass sie keine Chance haben, einen Asylstatus zu erhalten. Die Verfahren sollten möglichst rasch abgewickelt werden. Davon profitieren vor allem auch die echten Flüchtlinge. Der Stadtrat politisiert mit seiner Asylpolitik an der Bevölkerung vorbei.

Roger Liebi (SVP): Im Ecoplan-Bericht des Bundesamts für Migration (BFM) sind die Auswirkungen der Asylzentren beschrieben. Darin ist zu lesen, dass als eine der wesentlichsten Auswirkungen auf den Alltag in der Gemeinde Phänomene genannt werden, die unter dem Begriff der Störung von Ruhe und Ordnung fallen. Passanten fühlen sich gemäss Ecoplan von den entsprechenden Gruppen bedroht. Es komme auch immer wieder zu Belästigungen der Passanten. Die Situation habe sich zudem verschärft, seit die Asylsuchenden aus Nordafrika hier seien. Aufgrund von Ladendiebstählen würden sich die Leute in den Läden nicht mehr sicher fühlen. Weiter verschärft hätten sich auch die schweren Delikte. Das Asylwesen ist zu einer Industrie geworden. Die Linken wollen nicht weniger Asylbewerber, sondern diese Industrie aufrechterhalten. Wir müssen endlich Massnahmen treffen, damit die Leute in unserer Stadt und namentlich in den aufstrebenden Quartieren weiterhin Ruhe und Ordnung haben.

Guido Hüni (GLP): Mit der bereits erwähnten Textänderung könnten wir das Postulat annehmen. Bei allem Verständnis für die Probleme im Asylbereich geht das Postulat für die GLP entschieden zu weit. Wir sind uns der Verantwortung bewusst und möchten einen Beitrag leisten.

Marc Bourgeois (FDP): Wir müssen unser Anreizsystem ändern. Asylbewerber ohne humanitären Hintergrund kommen gezielt in die Schweiz. Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass das Asylwesen ein humanitäres Asylwesen bleibt und nicht zu einem

Asylwesen für Wirtschaftsflüchtlinge wird. Die Leute kommen oft aus einem wenig entwickelten Land und werden hier in Westeuropa inmitten einer Stadt untergebracht, obwohl mehr als die Hälfte von ihnen wieder gehen muss. Das ist kein rationales Verhalten. Davon profitieren einzig die Leute, die in diesem Bereich arbeiten. Man sollte die Zentren dort hinstellen, wo sie am besten hinpasse. Asylbewerber sind in der Stadt bei diesen Versuchungen nicht am richtigen Ort. An entlegenen Orten hingegen finden die humanitären Flüchtlinge Ruhe, Unterkunft, Verpflegung. Die, die mit anderen Zielen hierherkommen, können dort nicht einfach untertauchen, kriminell werden oder schwarz arbeiten. Das spricht sich bis ins Heimatland durch und dann ändert sich das Anreizsystem.

Linda Bär (SP): *Die SVP sagt, sie hätte Lösungen im Asylwesen. Die Probleme haben sich aber offensichtlich trotz zahlreicher Verschärfungen im Asylwesen nicht gelöst. Die SVP behauptet, die Kriminalität steige besonders in den Zentren. Wir haben Asylsuchende nicht schon seit jeher in Grosszentren untergebracht. Früher haben wir sie einzeln in Wohnungen untergebracht. Die SVP betreibt mit ihrer Asylpolitik eine symbolische Gesetzgebung, um zu kaschieren, dass sie keine politische Lösung für das Problem hat. Sie verschiebt das Problem einfach in die Bergregionen. Wir haben ein anderes Verständnis von Problemlösung in diesem Bereich und lehnen das Postulat ab.*

Michael Schmid (FDP): *Zu den Voten der SP: Man kann natürlich beide Augen vor den Realitäten verschliessen. Das bringt aber die humanitäre Tradition dieses Landes nicht weiter und nützt insbesondere den echten Flüchtlingen nichts. Die SP sollte schauen, was in der Stadt passiert, einmal mit der Polizei sprechen und auf die Probleme eingehen.*

Thomas Wyss (Grüne): *Alle sind sich einig, dass die Verfahren beschleunigt werden müssen. Es wäre aber nicht ökonomisch, diese Menschen auf dem Simplon unterzubringen. Alle Beteiligten müssten auf den Simplon gehen, um mit den Asylsuchenden zu sprechen. Wenn das Zentrum nicht im Kreis 5 erstellt werden soll, müssten wir uns überlegen, welcher Kreis denn so stark wäre, dass er ein Zentrum verkraften würde. Die Alternative wäre, kleinere Einheiten auf die ganze Stadt zu verteilen. Die Zahl der Asylsuchenden ist nicht so gross, als dass man sie nicht mit einem guten Einsatz bewältigen könnte. Wir haben auch viele Ausländer hier, die unserem Land viel bringen. Viele davon sind ehemalige Asylbewerber. Das unsägliche Postulat führt uns nicht weiter.*

Tamara Lauber (FDP): *Stadtrat Waser verkennet die Fakten massiv, wenn er sagt, dass es mit Asylsuchenden in der Schweiz keinerlei Probleme geben würde. Von einem Exekutivmitglied hätte ich erwartet, dass es auch in der Asylfrage für pragmatische Lösungen einsteht, die Probleme beim Namen nennt und entsprechend handelt und keine Parteipolitik betreibt. Ich habe übrigens nicht den Eindruck, dass auf Bundesebene der Vorschlag, mitten in Zürich ein Asylzentrum zu bauen, sehr auf Gegenliebe stösst. Bei den Linken geht es wieder um Neidpolitik. Die FDP steht für gute Lösungen und Sachpolitik und ist der Meinung, dass diejenigen, die die Voraussetzungen erfüllen, einen Anspruch haben, in der Schweiz zu bleiben. Wer sich an*

4 / 4

unsere Gebote und Gesetze hält, darf sich hier aufhalten. Unter humanitärer Tradition verstehe ich nicht, die Augen vor der Wahrheit zu verschliessen.

Mauro Tuena (SVP): *Zwei Fakten: Erstens ist es nicht so, dass das BFM nach Standorten für ein Bundesasylzentrum gesucht hätte. Es war umgekehrt: Der Stadtrat hörte, dass das BFM allenfalls irgendwo Bundesasylzentren bauen möchte. Der Stadtrat selbst wendete sich an das BFM und schlug vor, das Asylzentrum mitten in Zürich zu bauen. Zweitens stösst das geplante Bundesasylzentrum bei der Quartierbevölkerung auf grossen Widerstand. Der Quartierverein, der Gewerbeverein und zahlreiche Gewerbetreibende in der Umgebung haben grosse Skepsis. Der Stadtrat aber nimmt die Sorgen und Ängste der Bevölkerung nicht ernst. Er sorgt dafür, dass die Asylindustrie weiter wächst. Zum Argument der Problemverschiebung: Ein Bundesasylzentrum sollte geschlossen sein und sich in einer entlegenen Gegend befinden.*

Alan David Sangines (SP): *Die SVP sagt, wir würden keine Lösungen bieten. Sie ist für eine Beschleunigung der Verfahren. Warum dauern die Verfahren überhaupt so lange? Bundesrat Christoph Blocher hat im BFM einen Drittel aller Stellen gestrichen. Gemäss dem Beschleunigungsbericht des Bundes können aufgrund mangelnder Personalressourcen die Gesuche nicht schneller bearbeitet werden. Auch Unterkünfte wurden weggekürzt, so dass es gesamthaft nur noch Unterkünfte für 10 000 Gesuche pro Jahr hat. Als politisch neutrales Land, als reiches Land und als funktionierende Demokratie wird die Schweiz immer attraktiv bleiben für Asylsuchende. Die Stärke eines Volkes misst sich aber am Wohl der Schwachen und nicht daran, wie sehr man auf ihnen herumhackt.*

Das Postulat wird mit 37 gegen 78 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat